

RUNDBRIEF ZU ÄTHIOPIEN UND ERITREA 2/2023
KOORDINATIONSGRUPPE ÄTHIOPIEN/ERITREA
2025



AMNESTY
INTERNATIONAL



INHALT

Inhalt

EINLEITUNG..... 3

AMNESTYS STELLUNGNAHME ZUR BEDEUTUNG DES ICHREE IN ÄTHIOPIEN BEIM UNMENSCHENRECHTSRAT (21.3.2023) 4

AUCH NACH DEM WAFFENSTILLSTAND: FOLTER UND ZWANGSVERTREIBUNGEN IN Tigray (Juni 2023) 5

ÄTHIOPIEN: SICHERHEITSLAGE IN DER REGION AMHARA DRASTISCH VERSCHLECHTERT ... 6

ÄTHIOPIEN: MEDIENVERTRETER IN AMHARA VERHAFTET UND ALLGEMEINE MEDIENBLOCKADE..... 7

BLOCKADE SOZIALER MEDIEN IN ÄTHIOPIEN..... 8

WFP SETZT NAHRUNGSMITTELHILFE IN ÄTHIOPIEN NACH DIEBSTÄHLEN AUS 9

AMNESTY JAHRESBERICHT ERITREA 2022 10

ERITREA UND ÄTHIOPIEN: SOLANGE ERITREA KRIEGS- PARTEI BLEIBT, WIRD ES KEINEN FRIEDEN GEBEN..... 11

Amnesty International ist eine weltweite Bewegung mit mehr als 3 Millionen Unterstützern, Mitgliedern und Aktivisten in mehr als 150 Staaten und Territorien, die sich für ein Ende von Menschenrechtsverletzungen einsetzen. Unsere Vision ist, dass jeder Mensch alle seine Rechte, die in der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte und anderen Menschenrechtsverträgen verankert sind, genießen kann. Wir sind von jeder Regierung, jeder politischen Ideologie, jedem wirtschaftlichen Interesse oder jeder Religion unabhängig und finanzieren uns hauptsächlich durch Mitgliedsbeiträge und Spenden.

Copyright bei Amnesty International



EINLEITUNG

Im März 2023 gab Amnesty International den Jahresbericht heraus, der u.a. Kapitel über die Menschenrechtssituation in Äthiopien und Eritrea in 2022 enthält. Die Bilanz ist ernüchternd: Die äthiopische Regierung schränkte weiter den Zugang für Hilfsorganisationen und humanitäre Hilfe in Tigray ein; Menschen wurden willkürlich festgenommen und unter menschenunwürdigen Bedingungen inhaftiert; es geschahen rechtswidrige Angriffe und Tötungen von Zivilpersonen; es kam zu zahlreichen Vergewaltigungen und anderen Vorfällen sexualisierter Gewalt; das Recht auf freie Meinungsäußerung war erheblich eingeschränkt.*

Und leider muss man feststellen, dass trotz des Friedensabkommens im November 2022 zwischen der äthiopischen Regierung und der TPLF (Tigrayen People's Liberation Front) weder in Tigray noch im gesamten Land eine gewisse Ruhe einkehrt. Wie die in unserem Rundbrief vorgestellten Berichte zeigen, kommt es weiterhin zu Kämpfen – vor allem in Tigray und Amhara.** Aber auch Vergewaltigungen und andere sexuelle Übergriffe finden weiterhin in der ehemaligen Kriegsregion statt. Doch die äthiopische Regierung möchte den Schein wahren und fordert, dass die von der UN-Menschenrechtskommission eingesetzte Menschenrechtskommission für Äthiopien (ICHREE: International Commission of Human Rights Experts in Ethiopia) ihre Untersuchungen im Land nicht weiter fortführen solle. Dagegen spricht sich nicht nur Amnesty International aus, sondern verschiedene weitere Organisationen setzen sich ebenfalls dafür ein, das Mandat der ICHREE fortzusetzen. Man weist darauf hin, dass eine solche vorzeitige Beendigung der ICHREE so gedeutet werden könnte, dass Staaten politische Manöver durchführen können, um die Beschlüsse des Menschenrechtsrats aufzuheben, um einer unabhängigen Kontrolle und Rechenschaftspflicht zu entgehen. Und es könnte außerdem einen gefährlichen Präzedenzfall in Bezug auf internationale Kontrolle und Straflosigkeit für Rechtsverletzungen in anderen Ländern schaffen.** Das Mandat läuft bis September diesen Jahres.

Dass die äthiopische Regierung versucht, die Meinungsfreiheit weiterhin einzuschränken, zeigen verschiedene Verhaftungen von Medienvertreter*innen in den letzten Monaten und eine neuerliche Blockade sozialer Medien im Land. Trauriger Hinweis auf die bleibend restriktive Regierungspolitik ist das Festhalten an der Todesstrafe: Im Jahr 2022 sind zwei Todesurteile registriert worden.

Auch für Eritrea stellt Amnesty im Jahresbericht 2022 fest, dass die Gesamtsituation im Land seit Jahren unverändert ist. Obwohl das Land Mitglied des Menschenrechtsrates der Vereinten Nationen ist, beteiligt es sich weiterhin nicht an internationalen Menschenrechtsmechanismen. Weder reagierte es auf die

Besuchsanträge des UN-Sonderberichterstatters zur Lage der Menschenrechte in Eritrea (das Mandat wurde bereits 2012 eingerichtet), noch setzte es Gesetze zum Schutz der Menschenrechte im Einklang mit den von ihm ratifizierten Menschenrechtsverträgen in Kraft. Zu einzelnen Fällen willkürlicher Verhaftungen und Inhaftierungen sowie des gewaltsamen Verschwindenlassens unliebsamer Kritiker der Regierung gibt der Report 2022 genauere Auskunft. Zum Teil ist der Aufenthalt verhafteter Personen seit über 20 Jahren unbekannt.

Außerdem ist die Rolle Eritreas in den kriegerischen Auseinandersetzungen in Tigray nicht ausreichend geklärt und die Tatsache, dass Eritrea weder an den Friedensverhandlungen zwischen der äthiopischen Regierung und der in Tigray regierenden TPLF beteiligt gewesen ist, noch im Friedensabkommen erwähnt wird, ist keine gute Grundlage für die zukünftige Entwicklung Nordäthiopiens.

Neben den im Rundbrief aufgeführten Artikeln und Amnesty-Stellungnahmen ist in diesem [Artikel von Weltsichten](#) eine aktuelle Zusammenfassung über die Situation in Tigray enthalten.

*<https://www.amnesty.de/informieren/amnesty-report/aethiopien-2022>

**<https://addisstandard.com/asdailyscoop-ethiopia-army-chief-au-commissioner-discuss-pretoria-peace-agreement-need-for-robust-ddr-in-tigray/>

***<https://www.hrw.org/news/2023/02/28/threats-terminate-mandate-international-commission-human-rights-experts-ethiopia>

AMNESTYS STELLUNGNAHME ZUR BEDEUTUNG DES ICHREE IN ÄTHIOPIEN BEI DER MÄRZ-SITZUNG DES UN-MENSCHENRECHTSRATS (21.3.2023)

Trotz ständiger Angriffe auf ihr Mandat und ihre Finanzierung konnte die Internationale Kommission der Menschenrechtsexperten für Äthiopien (ICHREE) ihren ersten Bericht im September 2022 vorlegen. Die Berichte der Kommission sind nach wie vor die einzige glaubwürdige Untersuchung einer der schlimmsten aktuellen humanitären Krisen.

Am 15. Februar kündigte der stellvertretende Premierminister von Äthiopien an, dass die äthiopische Regierung plane, auf der kommenden Sitzung des UN-Menschenrechtssrates das Mandat der Internationalen Kommission der Menschenrechtsexperten für Äthiopien (ICHREE) frühzeitig zu beenden.

Amnesty International war zutiefst besorgt über die Weigerung Äthiopiens, der Kommission Zugang zu gewähren, und über die anhaltenden Versuche Äthiopiens, die Arbeit der ICHREE zu untergraben. Die Versuche der Regierung, das Mandat der ICHREE frühzeitig zu beenden, sind beispiellos. Diese Versuche zeigen nicht nur, dass Staaten die Beschlüsse des Menschenrechtsrates unter Umständen politisch aushebeln können, um eine unabhängige Kontrolle und Rechenschaftspflicht zu vermeiden; dieses Handeln könnte zudem aber auch einen gefährlichen Präzedenzfall für die Straffreiheit von Menschenrechtsverletzungen allgemein schaffen.

Daher forderte Amnesty International die Delegationen vor dem Menschenrechtsrat auf, jede Resolution zur vorzeitigen Beendigung des ICHREE Mandats abzulehnen und Ihre Unterstützung für die Arbeit der Kommission zum Ausdruck zu bringen. Im Zuge dessen stellte Amnesty die folgende Frage:

In Anbetracht der Tatsache, dass die äthiopische Regierung die glaubwürdigen Vorwürfe leugnet, dass von allen Akteuren (auch der eritreischen Regierung) internationale Verbrechen begangen worden sind, dass in Äthiopien eine tief verwurzelte Kultur der Straflosigkeit besteht und dass es in dem Land nur eine schwache innerstaatliche Rechtsinfrastruktur gibt (z. B. fehlt eine Bestimmung über Verbrechen gegen die Menschlichkeit), welche Perspektiven für Gerechtigkeit und Rechenschaftspflicht sehen Sie auf nationaler Ebene?

Quellen.

[Ethiopia: Interactive dialogue with ICHREE on the situation of human rights in Ethiopia - Amnesty International](https://www.amnesty.org/en/documents/afr25/6547/2023/en/)
<https://www.amnesty.org/en/documents/afr25/6547/2023/en/>

AUCH NACH DEM WAFFENSTILLSTAND: FOLTER UND ZWANGSVERTREIBUNGEN IN TIGRAY (Juni 2023)

Die Menschenrechtsorganisation Human Rights Watch (HRW) gab bekannt, dass örtliche Behörden und die Amhara-Kräfte in Tigray auch nach dem Friedensabkommen vom 2. November 2022 weiterhin Personen gewaltsam aus dem Westen der Region vertreiben, was Teil einer ethnischen Säuberungskampagne darstelle. Aktuelle Untersuchungen von HRW zeigen, dass zwei Beamte, Demeke Zewdu und Belay Ayalew, die in Missbrauchsfälle verwickelt waren, weiterhin an willkürlichen Festnahmen, Folterungen und zwangsweisen Abschiebungen von Personen aus Tigray beteiligt sind. HRW fordert, dass die äthiopische Regierung die Kommandeure und Beamten, die in schwerwiegende Menschenrechtsverletzungen im Westen von Tigray verwickelt waren,

suspendieren, die Verletzungen untersuchen und gegebenenfalls angemessen strafrechtlich verfolgen sollte.

Nach internationalem Recht haben Menschen, die gewaltsam aus ihren Häusern vertrieben wurden, das Recht auf Rückkehr. Jedoch lässt die aktuelle Situation in West-Tigray keine freiwillige, sichere und würdevolle Rückkehr von tigrayischen geflüchteten Personen und Binnenvertriebenen zu, so Human Rights Watch.

Obwohl die Europäische Union, die Vereinigten Staaten und andere internationale Partner Gerechtigkeit in Tigray zu einer Priorität erklärt haben, wurden bis jetzt keine konkreten Maßnahmen für eine strafrechtliche Verfolgung der Menschenrechtsverletzungen im Westen von Tigray vorgenommen. Stattdessen haben viele Regierungen seit der Unterzeichnung des Waffenstillstandsabkommens eine Annäherung an die äthiopischen Bundesbehörden angestrebt. Im April hat der Rat für Auswärtige Angelegenheiten der EU formelle Schlussfolgerungen zu seinem zukünftigen Engagement mit Äthiopien aufgestellt, ohne auf den Mangel an Fortschritten bei der Übergangsjustiz einzugehen.

Quelle: <https://www.hrw.org/news/2023/06/01/ethiopia-ethnic-cleansing-persists-under-tigray-truce>

ÄTHIOPIEN: SICHERHEITSLAGE IN DER REGION AMHARA DRASTISCH VERSCHLECHTERT

Wie das Auswärtige Amt der Bundesrepublik meldet, haben sich am Osterwochenende (7.-10. April 2023) verschiedene gewalttätige Ereignisse zugetragen, die im Zusammenhang mit der Umstrukturierung von lokalen Milizen in Streitkräfte der Regierung zusammenhängen. Es wurden zwei Mitarbeiter einer Hilfsorganisation in Kobo unter ungeklärten Umständen erschossen, zwei Menschen kamen in Bahir Dar bei einer Explosion ums Leben. Kampfhandlungen fanden zwischen Sicherheitskräften der Regierung und Milizen unter Einsatz schwerer Waffen statt. Die Regierung hat zudem Ausgang- und Sicherheitssperren verhängt und teilweise Strom und Internet abgeschaltet.

Außerdem kam es in den Regionen Oromia und Amhara zu bewaffneten Angriffen der Oromo Liberation Army (OLA) sowie bewaffneten Auseinandersetzungen zwischen lokalen Gruppen, sogar zu einzelnen Entführungen. Äthiopische Sicherheitskräfte haben ihr militärisches Vorgehen gegen die OLA ausgeweitet.

Quelle: https://www.auswaertiges-amt.de/de/service/laender/aethiopien-node/aethiopiensicherheit/209504#content_0

ÄTHIOPIEN: MEDIENVERTRETER IN AMHARA VERHAFTET UND ALLGEMEINE MEDIENBLOCKADE

Im April 2023 wurden sieben Mitarbeiter von Medien in der Region Amhara festgenommen: Genet Asmamaw, Getnet Aragaw, Aragaw Sisay, Meskerem Abera, Abay Zewdu, Dawit Begashaw und Tewodros Asfaw. Es soll mit körperlicher Gewalt gegen sie vorgegangen sein. Das ist ein Angriff auf das Recht auf freie Meinungsäußerung und Medienfreiheit. Amnesty International ist besorgt über die Berichte zu Verstößen und Gewalt in Amhara, wo Einwohner in der gesamten Region dagegen protestierten, dass die Bundesregierung plante, paramilitärische Polizeikräfte auch in Amhara umzustrukturieren. Die Demonstranten befürchten, dass die Entscheidung der Regierung sie Angriffen benachbarter Regionen aussetzen würde.* Es kam dort an mehreren Orten zu Schusswechseln, wobei am 9. April zwei humanitäre Helfer ermordet wurden. Aber auch in Addis Abeba fanden Massenverhaftungen statt. Sie richteten sich vor allem gegen Medienschaffende.

Flavia Mwangovya, stellvertretende Regionaldirektorin für Ost- und Südafrika, Amnesty International, betont, dass Journalisten und Medienschaffende in der Lage sein sollten, ihrer Arbeit ohne Bedrohung, Einschüchterung und Belästigung nachzugehen. Sie sollten ihren beruflichen Pflichten effektiv nachkommen können. Deshalb fordert Mwangovya von den Behörden, alle sieben Journalisten sofort freizulassen und alle Anklagen gegen sie fallen zu lassen. Die Behörden müssten auch Berichten nachgehen, denen zufolge Genet Asmamaw bei ihrer Festnahme gewaltsam angegriffen wurde. Alle Täter sollten zur Verantwortung gezogen werden. Denn Journalisten müssten ungehindert ihren beruflichen Pflichten, die Öffentlichkeit zu informieren und zur Rechenschaftspflicht der Behörden beizutragen, nachgehen können.

In Äthiopien begann bereits der dritte Monat einer Blockade ausgewählter Social-Media-Plattformen, die von der Regierung verhängt worden war. Amnesty International forderte die Behörden auf, Einschränkungen der Menschenrechte offline und online aufzuheben und dem Recht auf freie Meinungsäußerung und Zugang zu Informationen jedes Menschen zu entsprechen. Auch müssten die Behörden es den Menschen ermöglichen, ihr Protestrecht auszuüben. Deshalb sollten die in einer Massenverhaftung in Addis Abeba Inhaftierten entweder unverzüglich freigelassen oder in einem fairen Verfahren angeklagt werden.

Äthiopien ist neben seinem Nachbarn Eritrea nach wie vor der schlimmste Gefängniswärter für Journalist*innen Subsahara-Afrika. Im vergangenen Jahr gehörte Äthiopien auch zu den fünf Ländern weltweit, in denen viele humanitäre Helfer gezielt angegriffen wurden.

* Äthiopiens Regionalstaaten verfügen über eigene Spezialeinheiten zum Schutz ihrer Grenzen und zur Bekämpfung von Rebellen. Die Entscheidung der Regierung, dass sie die Spezialkräfte zur Förderung der nationalen Einheit in das Bundesheer oder die Polizei integrieren wolle, stieß in Amhara auf großen Widerstand und es kam zu heftigen Protesten in Städten und Gemeinden in der gesamten Region.

Quellen:

<https://www.amnesty.org/en/latest/news/2023/04/ethiopia-government-should-respect-the-right-to-peaceful-protest/>

<https://addisstandard.com/news-update-heavy-artillery-fired-in-kobo-as-protests-engulf-amhara-region-following-decision-to-dissolve-regional-special-forces/>

<https://www.bbc.com/news/world-africa-65194146>

<https://cpj.org/2022/08/journalists-face-growing-hostility-as-ethiopias-civil-war-persists/>

<https://reliefweb.int/report/world/aid-worker-security-report-figures-glance-2022>

BLOCKADE SOZIALER MEDIEN IN ÄTHIOPIEN

Seit dem 9. Februar 2023 wird von den äthiopischen Behörden der Zugang zu ausgewählten sozialen Medien wie Facebook, Telegram, Tik Tok und YouTube blockiert. Damit verletzen sie das Recht der Menschen auf freie Meinungsäußerung, zu dem auch die Freiheit gehört, Informationen einzuholen, zu empfangen und weiterzugeben. Eine solche Verweigerung der Rechte entspricht weder den in der äthiopischen Verfassung festgelegten Grundsätzen noch den nationalen Gesetzen und widerspricht auch regionalen und internationalen Verträgen, die Äthiopien eingegangen ist.

Ein Grund für diese Medienblockade sind Meinungsverschiedenheiten in der orthodoxen Kirche Äthiopiens. Sie führten zu Spannungen, da die Kirchenführer drohten, zu landesweiten Kundgebungen und Gegenkundgebungen aufzurufen. Bei einer Auseinandersetzung mit Demonstranten in einer Kirche in der Zone West Arsi in der Stadt Shashamane in der Region Oromia sollen Medienberichten zufolge sogar Menschen von Sicherheitskräften getötet worden sein. – Aber auch in Tigray waren die Menschen während der kriegerischen Auseinandersetzung mit der äthiopischen Regierung etwa zwei Jahre lang (2021-2022) von allen Kommunikationsmitteln einschließlich des Internets abgeschnitten.

Die neuerliche Einschränkung der Meinungsfreiheit und des Rechts auf Information belastet die ohnehin schon schlechte Bilanz des Landes in Bezug auf die Medienfreiheit noch weiter. Deshalb fordert Amnesty International die äthiopischen Behörden dringend auf, die Blockade unverzüglich aufzuheben. Dieser Kultur der Beeinträchtigung des Rechts der Menschen, sich zu äußern und Informationen zu suchen, müsse ein Ende gesetzt werden, so Flavia Mwangovya, stellvertretende Regionaldirektorin für Ost- und Südafrika Anfang März 2023.

Quelle: <https://www.amnesty.org/en/latest/news/2023/03/ethiopians-in-social-media-blackout-for-second-month/>

WFP SETZT NAHRUNGSMITTELHILFE IN ÄTHIOPIEN NACH DIEBSTÄHLEN AUS

Da man entdeckt hat, dass humanitäre Hilfsgüter für bedürftige Menschen "weitverbreitet und koordiniert" gestohlen wurden, wurde die Lebensmittelhilfe für Äthiopien eingestellt. Das Welternährungsprogramm der Vereinten Nationen (WFP) gab bekannt, dass die Hilfe ausgesetzt wird, während "verbesserte Sicherungsmaßnahmen und Kontrollen eingeführt werden, um sicherzustellen, dass die humanitäre Lebensmittelhilfe die anvisierten, gefährdeten Menschen erreicht".

Mehr als 20 Millionen Menschen in Äthiopien sind auf humanitäre Hilfe angewiesen. In Tigray sind es fast alle 6 Millionen Einwohner*innen. Die größten Einzelspenden kommen aus den USA; im vergangenen Haushaltsjahr wurden Hilfen im Wert von 1,8 Milliarden US-Dollar (1,6 Milliarden Euro) bereitgestellt.

Die humanitären Organisationen haben keine Schuldzuweisungen für die Diebstähle vorgenommen. Ein internes Dokument einer Gruppe ausländischer Spender besagt jedoch, dass äthiopische Regierungsbeamte daran beteiligt seien. "Das Vorgehen scheint von föderalen und regionalen Einrichtungen der äthiopischen Regierung orchestriert zu sein, wobei Militäreinheiten im ganzen Land von humanitärer Hilfe profitieren.", heißt es dort.

Quelle: <https://www.theguardian.com/global-development/2023/jun/09/food-aid-suspended-in-ethiopia-after-widespread-and-coordinated-thievery>

AMNESTY JAHRESBERICHT ERITREA 2022

Im Jahr 2022 wurden tausende Menschen in Eritrea willkürlich in Haft gehalten. Zudem hielten die Behörden weiterhin Journalist*innen, politisch Andersdenkende sowie hochrangige und andere Mitglieder religiöser Gemeinschaften unter Umständen fest, die dem Verschwindenlassen gleichkamen.

Die Regierung verpflichtete Schüler*innen im letzten Schuljahr weiterhin zum Militärdienst auf unbestimmte Zeit. Regierungstruppen führten zahlreiche überfallartige Aktionen durch, in denen sie Jugendliche auf der Straße zusammentrieben und zum Militärdienst einzogen. Regierungsangestellte sollen Eltern gezwungen haben, ihre Kinder, die sich der Einberufung entzogen hatten, zum Militärdienst zu bringen. Im Juli 2022 brachten Regierungsangestellte Tausende Schüler*innen weiterführender Schulen, viele von ihnen unter 18 Jahren, in die Warsai-Yikealo-Schule im Militärausbildungslager Sawa, wo sie ihr letztes Schuljahr absolvieren mussten. Nach den Abschlussprüfungen wurden die Schüler*innen gezwungen, zur militärischen Ausbildung im Ausbildungszentrum zu bleiben. Schüler*innen, die in der Warsai-Yikealo-Schule geringfügiger Verstöße beschuldigt wurden, und Wehrpflichtige im Ausbildungslager waren häufig körperlichen Bestrafungen ausgesetzt, die Folter und anderen Misshandlungen gleichkamen.

Eritrea war auch 2022 das einzige Land in Afrika und eines der wenigen Länder weltweit, welches keine Angaben zu seinem Impfprogramm gegen Covid-19 machte.

Trotz seiner Mitgliedschaft im Menschenrechtsrat der Vereinten Nationen unternahm Eritrea 2022 keine Bemühungen, sich an internationalen Menschenrechtsmechanismen zu beteiligen. Die Regierung reagierte weder auf die Besuchsanträge des im Jahr 2012 eingesetzten UN-Sonderberichterstatters über die Menschenrechtssituation in Eritrea, noch erließ sie Gesetze zum Schutz der Menschenrechte im Einklang mit den von Eritrea ratifizierten Menschenrechtsverträgen.

Eritreische Streitkräfte, die seit 2020 in Nordäthiopien, vor allem im Westen der Region Tigray, stationiert waren, beteiligten sich an der ethnischen Säuberungskampagne gegen die Bevölkerung der Region. Sie waren für außergerichtliche Hinrichtungen, willkürliche Inhaftierungen, Vergewaltigungen und andere Formen sexualisierter Gewalt sowie für Vertreibungen verantwortlich.

Quelle: <https://www.amnesty.de/informieren/amnesty-report/eritrea-2022>

ERITREA UND ÄTHIOPIEN: SOLANGE ERITREA KRIEGSPARTEI BLEIBT, WIRD ES KEINEN FRIEDEN GEBEN

In einem Artikel der Rosa Luxemburgstiftung heißt es: Die Tatsache, dass Eritrea nicht an den Verhandlungen zum Friedensabkommen zwischen der äthiopischen Regierung und der in der Region Tigray regierenden Partei TPLF (Tigray People's Liberation Front) beteiligt war und auch nicht im Friedensabkommen erwähnt wird, ist keine gute Grundlage dafür, dass ein Friedensprozess in Äthiopien gelingen könnte. Denn dadurch, dass die Regierung Abiy Ahmeds bei Eritrea militärische Unterstützung gesucht hat, blieb der Konflikt keine inner-äthiopische Angelegenheit. Bis heute haben sich nicht alle eritreischen Soldaten aus dem Kriegsgebiet in ihr Land zurückgezogen, sondern verhalten sich weiter kriegerisch.

Eritreas Präsident Isayas Afewerki regiert sein Land seit 1991, ohne sich je einer Wahl gestellt zu haben. Eritrea ist eine der gewaltsamsten Diktaturen weltweit. Aus zwei Gründen konnte Afewerki der äthiopischen Regierung beistehen: Er verfügt zum einen über eine unbegrenzte Menge an Soldat*innen und zum anderen über Geld. Denn die eritreische Armee besteht im Grunde aus institutionalisierten Zwangsarbeiter*innen: Der ‚Nationaldienst‘, zu dem Schüler*innen bereits vor dem Ende ihrer Schulzeit eingezogen werden, sollte eigentlich nur 18 Monate dauern, ist aber tatsächlich unbefristet. So kann die Anzahl an Kämpfenden stetig vergrößert werden. Während Äthiopien bei einer Gesamtbevölkerung von über 120 Millionen Menschen nur 138.000 Soldat*innen hat, hat Eritrea mit nur 3,6 Millionen Einwohner*innen 202.000 Soldat*innen. Außerdem verfügt Afewerki über Gelder aus einer ‚Diaspora-Steuer‘: Im Ausland lebende Eritreer*innen zahlen eine Einkommenssteuer an den eritreischen Staat. Es gibt sie seit den 1990er Jahren und sie gilt als eine der wichtigsten Einnahmequellen der Regierung.

So könnte man die Tatsache, dass Eritrea weder an den Friedensverhandlungen beteiligt war, noch im Vertrag erwähnt wird, als geschicktes Manöver werten, um das Friedensabkommen zu unterlaufen.

Quellen:

<https://www.rosalux.de/news/id/50622/eritrea-und-aethiopien-hand-in-hand-im-tigray-konflikt>

<https://www.rosalux.de/news/id/45365>

Liebe Leser*innen,

Menschenrechtsarbeit kostet Geld. Daher würden wir uns über eine Spende auf das Spendenkonto 80 90 100 bei der Bank für Sozialwirtschaft Köln 370 205 00 unter Angabe des Verwendungszwecks: „2025“ und Ihres Namens oder Ihrer Mitgliedsnummer freuen.

Vielen Dank!

IMPRESSUM:

Amnesty International

Sektion der Bundesrepublik Deutschland e. V.

Zinnowitzer Straße 8. 10115 Berlin

Koordinationsgruppe Äthiopien/Eritrea

Email: aethiopien@amnesty-stuttgart.de

Internet: www.amnesty-aethiopien.de

V.i.S.d.P.: Clara Braungart, Köln

**AMNESTY
INTERNATIONAL**



HAFTUNGSAUSCHLUSS:

Lediglich die mit Amnesty International gekennzeichneten Artikel geben die Meinung der Organisation wieder. Verknüpfungen zu Webseiten Dritten („externe Links“) wurden mit größtmöglicher Sorgfalt ausgewählt. Der Anbieter hat keinerlei Einfluss auf die aktuelle und zukünftige Gestaltung und den Inhalt der verknüpften Webseiten. Eine ständige Überprüfung externer Links ist dem Anbieter ohne konkrete Hinweise nicht zumutbar. Bei Kenntnis über etwaige Rechtsverstöße werden derartige externe Links unverzüglich entfernt.